



## Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

### **Banken an die Kette legen! -**

Drucksache 17/ 2362

Der Landtag wolle beschließen:

Der Europäische Fiskalpakt ist kein geeignetes Instrument, um die Finanzkrise in Europa zu entschärfen.

Die durch den Fiskalpakt erzwungenen Einsparungen werden dazu führen, dass die betroffenen Länder in eine Abschwungspirale geraten.

Eine konsequente europäische Krisenpolitik, die den Menschen in Europa zu gute kommen würde, müsste mindestens folgende Regelungen beinhalten:

- Statt Bankenrettung und Sparpaketen ein effektives, europaweites Zukunftsinvestitionsprogramm zum sozialökologischen Umbau sowie kurzfristig Konjunkturpakete in den Krisenstaaten.
- Eine EU-weite Vermögensabgabe für reiche Privathaushalte zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.
- Die Gründung einer Europäischen Bank für öffentliche Anleihen und die Auflage von Euro-Bonds als Voraussetzung für faire und transparente Entschuldungsverfahren.
- Eine echte Bankenabgabe in Europa und zur Begrenzung der Spekulation eine europaweite Finanztransaktionssteuer.

- Einen gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro, die Ausweitung der öffentlichen Investitionen um 125 Mrd. Euro jährlich sowie die Anhebung der Hartz IV Regelsätze auf 500 Euro, um die deutschen Handelsüberschüsse als Resultat von Lohn- und Sozialdumping zu vermindern und zur wirtschaftlichen Stabilität in Eurozone und EU beizutragen

Nur in einem Gesamtpaket, das neben dem finanzpolitischen auch wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Aspekte umfasst, wird es gelingen, in den gefährdeten Staaten zu Wirtschaftswachstum zu kommen und damit neue Stabilität in und für Europa zu schaffen.

Björn Thoroé  
und Fraktion